

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 032 | 12.5.2023

Vertrauensverlust im Klimaschutz verhindern Konsequenzen aus den familiären Verflechtungen in der Personalpolitik unter Bundesminister Habeck ziehen

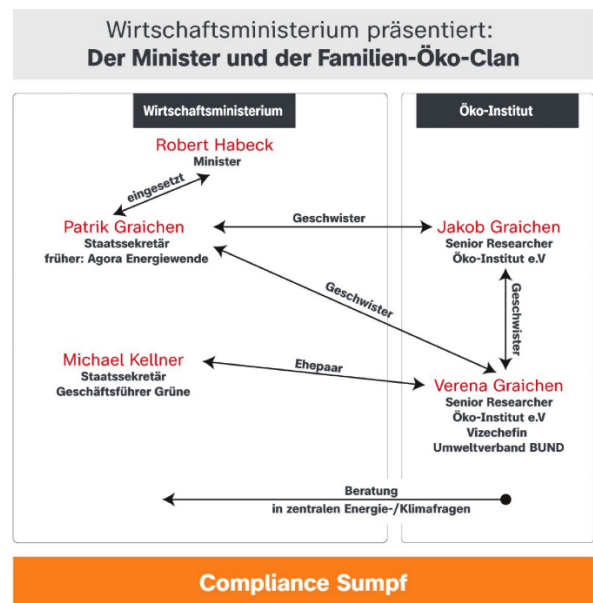
Liebe Leserin, lieber Leser,

Bundesminister Habeck und Bundeskanzler Scholz bleiben Antworten zum Umgang mit den persönlichen Verflechtungen im Bundeswirtschaftsministerium, nachgeordneten bundeseigenen Unternehmen und Zuwendungsempfängern schuldig. Das Berufungsverfahren des Geschäftsführers der „dena“ genügt nicht rechtsstaatlichen Standards. Es sind noch viele Fragen offen, ob von Staatssekretär Graichen das Trauzeugen-Verhältnis bewusst verheimlicht wurde. Das Eingeständnis eines Fehlers reicht nicht aus.

Ich will es ganz deutlich sagen: Der Wirtschaftsminister spricht von einem Fehler, der geheilt wird. Fehler, das klingt menschlich und verzeihbar. Jeder macht Fehler. Aber Graichen hat nicht fahrlässig einen Fehler gemacht, sondern wollte seinem Freund und Trauzeugen eine sehr gut bezahlte Stelle verschaffen. Das ist kein Fehler, das ist ein schwerer Verstoß gegen den Verhaltenskodex seines Ministeriums!

Die Grünen selbst gehen inzwischen munter zum Gegenangriff über und sprechen von „Kampagne“. Doch Habeck und Graichen müssen sich nun den Maßstäben stellen, die ihre Partei an andere anlegt.

Für Grüne selbst, weil ohne Fehl und Tadel, sollen diese Maßstäbe häufig genug nur eingeschränkt gelten. In grün geführten Ministerien, ob in Rheinland-Pfalz oder in Berlin, gilt allzu oft das Prinzip: Grüner Zweck heiligt grüne Mittel!“



Bei der Personalauswahl wird statt auf Fachexpertise auf Verwandtschaftsverhältnisse und Ideologie gesetzt. Das führt zu realitätsfremden Gesetzen – wie dem Heizungsverbot. Die Ampel verunsichert mit ihrem andauernden Streit Bürgerinnen und Bürger, Handwerkerinnen und Handwerker, Wohnungs- und Baubranche sowie die Industrie.

Union für Technologieoffenheit

Wir hingegen stehen für Technologieoffenheit: Neben der Wärmepumpe muss die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wärmenetzen über Bioenergie, Abwärmenutzung und Geothermie bis hin zu Wasserstoff – genutzt werden. Wir setzen auf „Fordern und Fördern“ statt vor allem auf „Verbieten und Verordnen“. Die CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich ist das Leitinstrument. Den Bürgerinnen und Bürgern bleibt die Entscheidung über den Weg zur CO₂-Einsparung überlassen.

Eine angemessene und verlässliche Förderung schützt die Bürgerinnen und Bürger vor finanzieller Überforderung.

Hier ist der Link zur „Aktuellen Stunde“ am Mittwoch im Bundestag: [KLICK](#)



Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zur Migrationspolitik am 10. Mai 2023 und unsere [Anträge](#) „Abschiebehürden beseitigen, Ausreisepflichten konsequent durchsetzen“ sowie „Irreguläre Migration an den Grenzen steuern, begrenzen und kontrollieren“

Nach monatelangem Zögern hat Bundeskanzler Scholz am 10. Mai endlich eine MPK zur aktuellen Migrationskrise einberufen.

In den ersten vier Monaten des Jahres wurden bereits 110.516 Asylanträge in Deutschland gestellt. Zusätzlich haben weiterhin über eine Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge bei uns Zuflucht gefunden, mehr als in jedem anderen Land der EU.

Die Unionsfraktion hat deshalb von Anfang an das Gespräch mit den Kommunen gesucht, die aktuell die Hauptlast dieser Situation schultern. Beim [Kommunalgipfel](#) unserer Fraktion am 30. März haben wir intensiv zugehört und mit den Kommunen echte und rasch wirksame Lösungen erörtert.

Deutschland ist ein starkes und hilfsbereites Land. Unser christliches Menschenbild gebietet die Unterstützung für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge. Die anhaltend hohe Hilfsbereitschaft der Bevölkerung unterstreicht diese Haltung eindrucksvoll. Gerade die Kommunen leisten in dieser Zeit Außergewöhnliches, stoßen aber an ihre Belastungsgrenzen.

Die Maßnahmen, die Bundeskanzler Scholz nun zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind jedoch offensichtlich völlig unzureichend: Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung.

Wir fordern deshalb: Diese Placebo-Politik muss enden. Wir brauchen jetzt:

- Kurzfristig wirksame Maßnahmen für eine Begrenzung des irregulären Zuzugs nach Deutschland wie etwa europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz, solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält. Darüber hinaus müssen wir gemeinsam mit den Staaten und Institutionen der Europäischen Union zudem kurzfristig konkrete Maßnahmen für einen deutlich effektiveren EU-Außengrenzschutz umsetzen.
- Langfristig planbare und über die bereits zugesagten Pauschalen hinausgehende finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen.

Ampel 🚦 : **abgelehnt!**

In abschließender Beratung haben wir uns mit unserem [Antrag](#)

Technologieagenda Neue Energien – Rolle der Wissenschaft in der Bundesregierung stärken befasst.

Wir sehen die Kurzatmigkeit des Krisenmanagements in der Bundesregierung mit großer Sorge. Bei allen aktuell beschlossenen und diskutierten Maßnahmen der Bundesregierung fehlt eine klare, auf den Erkenntnissen von Wissenschaft und Forschung basierende Strategie. Die Wissenschaftsgemeinschaft hat viele Lösungsansätze zu bieten und forscht intensiv an einer erfolgsversprechenden Energietransformation.

Mit unserem Antrag stellen wir klar: Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist nicht nur der bestmögliche Ratgeber einer jeden Bundesregierung, sie ist auch gerade in Krisenzeiten die treibende Kraft zur dringend benötigten Erweiterung des politischen Handlungsspielraumes. Hierfür braucht es Technologieoffenheit und Innovationslust, aber auch eine starke Stimme in der Bundesregierung.

Ampel 🚦 : **abgelehnt!**

[Wasserstoffhochlauf](#) pragmatisch, schnell und technologieoffen voranbringen – Für eine starke Wirtschaft, für Klimaneutralität

Wasserstoff ist der Schlüssel für eine starke und klimafreundliche Volkswirtschaft. Wasserstoff kann einen großen Beitrag zur Sicherung der Versorgung und zur Stärkung der Volkswirtschaft beitragen. Um die Vorteile der Wasserstoffnutzung breit zu entfalten, müssen die Weichen schnellstmöglich gestellt werden.

Wir wollen und können Wasserstoff-Weltmeister werden.

Dafür hat die vorherige Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU im Jahr 2020 die erste Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet, die auch international weit hin für Anerkennung gesorgt hatte.



Die Ampel zögert, unsere Antworten als CDU/CSU-Fraktion für einen beschleunigten Wasserstoffhochlauf sind hingegen sehr klar: Wasserstoffherzeugung und Importe müssen emissionsfrei bzw. -arm sein, aber nicht von Beginn an ausschließlich „grün“; die Wasserstoff-Infrastruktur muss von Beginn an ganz Deutschland einbeziehen und europäisch vernetzt sein; Anwendungsfelder für Wasserstoff ergeben sich in einem dynamischen Markthochlauf und sind nicht vorab politisch festzulegen; in Forschung und Entwicklung muss Deutschland wieder international führend werden.

Wärmewende ohne soziale Kälte

In den eigenen vier Wänden hat es jeder gerne warm. Der Ausstieg aus den fossilen Energien macht es allerdings nötig, dass wir anders heizen. So weit, so gut. Doch nun will die Ampel-Koalition die Wärmewende übers Knie brechen. Dabei ist ihr egal, ob die Bürgerinnen und Bürger sich den Heizungsaustausch leisten können oder nicht. [Die CDU/CSU-Fraktion will jedenfalls eine Wärmewende ohne soziale Kälte.](#)

Was hat die Ampel vor?

Konsens ist: Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden. Das will auch die CDU/CSU-Fraktion.

Aber: Wenn es ums Heizen geht, setzt die Ampel die Brechstange an. Schon ab nächstem Jahr soll jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Dabei setzt die Ampel einseitig auf die Wärmepumpe, obwohl auch andere Technologien zur Verfügung stünden.

Warum ist das Murks?

Wenn man sich in der Baubranche, in der Industrie und im Handwerk umhört, wird klar: Es fehlt an Materialien und an Fachkräften für den Heizungsaustausch im Eiltempo. Fragt man Länder und Kommunen, so fordern sie zunächst den Aufbau von Wärmenetzen und Quartierslösungen. Außerdem fehlt es an verlässlichen Rahmenbedingungen für Anschaffungen und Investitionen.

Was die Bürger angeht – sie werden überfordert und allein gelassen. Viele fragen sich bang, wie sie die neue Heizung bezahlen sollen. Unklar ist, welche Förderprogramme und Übergangsfristen es geben wird, welche Ausnahmen und Härtefallregelungen.

Was will die CDU/CSU-Fraktion?

Die CDU/CSU will eine Wärmewende auf freiwilliger Basis. Das funktioniert, wenn es gute Anreize gibt – zum Beispiel Abwrackprämien für alte Heizungen und Steuerrabatte für die energetische Sanierung von Häusern. „Fordern und Fördern“ lautet das Motto und nicht „Verbieten und Verordnen“.

Die Unionsfraktion will außerdem Technologieoffenheit: das heißt, nicht alles auf die eine Karte, die Wärmepumpe, setzen, sondern auch Biomasse und Wasserstoffe, Abwärme und Geothermie nutzen.

Zu guter Letzt setzt die CDU/CSU auf marktwirtschaftliche Lösungen. Über den CO₂-Preis lässt sich die Wärmewende gut steuern – natürlich mit einem sozialen Ausgleich für diejenigen, die sich eine neue Heizung nicht einfach so leisten können.

Bundestag fordert Reform der Weltgesundheitsorganisation WHO

Der Bundestag hat sich am heutigen Freitag für eine Reform der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgesprochen. Ein entsprechender [Antrag](#) der Ampelkoalition wurde namentlich mit 497 Stimmen angenommen. 68 Abgeordnete votierten gegen die Vorlage und 25 haben sich enthalten. Anlass des Antrags war das 75-jährige Bestehen der Organisation. Auch die Unionsfraktion hat – bei einer Gegenstimme – geschlossen dafür gestimmt.

Während der Covid-19-Pandemie ist erneut deutlich geworden, dass der WHO die Fähigkeiten fehlt, ihr Mandat vollumfänglich zu erfüllen. Um den internationalen Erwartungen an die Organisation gerecht zu werden, braucht es Reformen sowie politische, personelle und finanzielle Unterstützung. Der WHO fehlen kalkulierbare und flexible Mittel, um ihre Führungsrolle in der globalen Gesundheitspolitik auszufüllen, die nötige Expertise bereitzustellen und adäquat auf Notlagen zu reagieren. Fast 80 Prozent des WHO-Haushalts sind freiwillig und zweckgebunden.

Die Covid-19-Pandemie hat die grundlegende Bedeutung der WHO in der Pandemieprävention, -vorsorge, und -reaktion verdeutlicht. Eine gestärkte WHO kann für ein effizienteres und gerechteres globales Pandemiemanagement sorgen. Wir Abgeordneten haben die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert, die geplante Anhebung der Pflichtbeiträge auf einen Anteil von 50 Prozent des Kernbudgets der WHO bis spätestens 2030 / 2031 zu unterstützen. Ferner sollen Reformen der WHO vorangetrieben werden, um ihre Governance, Effizienz, Unabhängigkeit, Kapazität, Rechenschaftspflicht und die Durchsetzungsfähigkeit von Regeln zu stärken. Die Zusammenarbeit mit globalen Partnern sollte vertieft sowie die Regionen innerhalb der WHO finanziell und strukturell gestärkt werden.

Video der Woche



Die Wärme-wende beschäftigt die Menschen nach wie vor. Wir von der CDU – und auch ich ganz persönlich – nehmen dieses Thema sehr ernst!

Darüber spreche ich in meinem „[Video der Woche](#)“.

Die CDU hat dazu auch eine Kampagne gestartet: [Fair heizen statt verheizen!](#)

Zitat der Woche

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Kuban. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

(Bundesminister Dr. Robert Habeck begibt sich zum Abg. Tilman Kuban [CDU/CSU])

Ich darf die beiden Kollegen, Herrn Minister Habeck und Herrn Kuban, bitten, ihre Diskussion nach draußen zu verlagern oder uns daran teilhaben zu lassen; wir können das übers Mikrofon machen.

(Heiterkeit)

Dr. Robert Habeck, Bundesminister:

Ich habe nur gefragt, warum er die Frage im Ausschuss nicht gestellt hat!

Gegenruf des Abg. Tilman Kuban [CDU/CSU]:

Weil nur vier Fragen zugelassen waren!

Bild der Woche



Am Montag war ich zusammen mit anderen Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses in Bonn beim Bundesrechnungshof. Auch der BRH muss sich einmal im Jahr der „Prüfung“ stellen und nachweisen, daß er selbst mit den Steuergeldern so sorgsam umgeht, wie er es – Zu Recht! – bei den Ministerien und Behörden anmahnt.